

Antrag

der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Karl Addicks, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für einen Beobachterstatus Taiwans bei der Weltgesundheitsversammlung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Infektionskrankheiten wie HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria, SARS und die Vogelgrippe sind weltweit auf dem Vormarsch. Angesichts dessen gewinnt die weltweite Kooperation zur effektiven, sicheren und koordinierten Krankheitsbekämpfung und zur Vorbeugung und Eindämmung der Verbreitung infektiöser Krankheiten an zusätzlicher Bedeutung.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spielt bei der Entwicklung und kontinuierlichen Verbesserung eines globalen Gesundheitsnetzwerks eine zentrale Rolle. Eine regelmäßige und institutionalisierte Einbindung möglichst aller einschlägig relevanter Akteure in die WHO und ein direkter und umfassender Zugang zu der Organisation ist daher aufgrund der damit verbundenen direkten und unbehinderten Mitwirkung an internationalen Foren und Programmen der Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsversorgung notwendig. Die globale Bekämpfung der Ausbreitung von Epidemien setzt globale Aktionsmöglichkeiten der WHO voraus.

Nach Einschätzung der WHO ist gerade mit Blick auf die Ausbreitung der Vogelgrippe das Risiko einer grippalen Epidemie „ernst“ und die Wahrscheinlichkeit, dass eine Epidemie eintritt, „gestiegen“. Eine Epidemie könne gerade im Zeitalter der Globalisierung und des hohen touristischen und geschäftlichen internationalen Austausches alle Weltregionen betreffen. Auch die Bundesregierung stellte in ihrem Bericht vom Februar 2006 über „außen- und sicherheitspolitische Implikationen und Auswirkungen von Seuchen am Beispiel der Vogelgrippe“ fest, dass in der globalisierten Welt Tierseuchen nicht an Grenzen halt machen und daher eine effiziente internationale Zusammenarbeit „unver-

zichtbar“ ist. Eine enge Zusammenarbeit mit Gesundheitsbehörden aller betroffenen Regionen weltweit ist erforderlich, damit die epidemiologische, klinische und logistische Unterstützung der WHO greifen kann.

Taiwan ist seit 1972 aus der WHO und dem Großteil der Aktivitäten der WHO ausgeschlossen. Eine systematische, geregelte oder institutionalisierte Mitwirkung Taiwans in der WHO und ihren Gremien ist seitdem nicht gegeben. So darf Taiwan nicht an dem internationalen Seuchenvorwarnungs- und bekämpfungsnetz (GOARN) teilnehmen. Im Zusammenhang mit der Vogelgrippe ist die Zusammenarbeit zwischen der WHO und Taiwan mangelhaft. So wurde Taiwan beispielsweise von Treffen zum Thema Influenza ausgeschlossen.

Dabei ist eine Einbindung Taiwans in die Bemühungen um eine Eindämmung der Vogelgrippe nicht nur im Interesse der 21 Millionen Taiwanesen von großer Wichtigkeit. Taiwan ist einer der bedeutendsten internationalen Verkehrsknotenpunkte im westlichen Pazifik und sollte daher in das Seuchenbekämpfungsnetz einbezogen werden. Zudem ist Taiwan eine bedeutende Station auf der Route verschiedener Zugvögel: Etwa 1,25 Millionen Zugvögel passieren jährlich Taiwan oder überwintern dort. Die WHO und ihre Mitgliedsländer würden von der Einbindung Taiwans unmittelbar profitieren: Taiwan ist Vorreiter im Bereich des Gesundheitssystems in Asien, hatte das erste umfassende Krankenversicherungssystem in Asien aufgebaut, hat eine hohe Dichte an Ärzten sowie zahlreiche übertragbare Krankheiten, wie Pest, Pocken, Tollwut, Malaria und Kinderlähmung überwunden und könnte somit einen großen Beitrag leisten.

Eine direkte und geregelte Einbindung Taiwans in die Arbeit der WHO wäre schon mit einem Beobachterstatus in der Weltgesundheitsversammlung (WHA), dem höchsten Entscheidungsorgan der WHO, erreichbar.

Die Bestrebungen Taiwans, einen solchen Beobachterstatus zu erhalten, sind bis heute mit der Begründung abgelehnt worden, dass Taiwan vom Großteil der internationalen Gemeinschaft nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird und kein Mitglied der Vereinten Nationen ist.

Die Satzung der WHO sieht für Nichtmitglieder der Vereinten Nationen eine Aufnahme auf der Grundlage eines einfachen Mehrheitsbeschlusses vor (Kapitel III, Artikel 6). Die WHA hat überdies die Möglichkeit, internationale und nationale Organisationen und nichtstaatliche Organisationen einzuladen, an den Aktivitäten der WHO teilzunehmen (Artikel 18 h). So haben in der Vergangenheit Palästina 1974, Malta oder das Internationale Komitee des Roten Kreuzes einen Beobachterstatus bei der WHA erhalten und werden routinemäßig zu deren Treffen eingeladen.

Taiwan ist als „Separates Zollgebiet“ vollwertiges Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO) und anderen regionalen Organisationen, wie der APEC.

In den vergangenen Jahren hat sich bereits eine Reihe von Ländern für einen Beobachterstatus Taiwans in der WHA ausgesprochen: der US-Kongress mit einem von Präsident George W. Bush unterschriebenen Gesetz, das Europaparlament und einzelne nationale Parlamente, wie das belgische Repräsentantenhaus und das kanadische House of Commons. Im Rahmen der 57. WHA-Versammlung 2004 kam es außerdem zu einer umfassenden Debatte, in deren Verlauf 16 von 48 Staaten, darunter die USA und Japan sich für einen Beobachterstatus Taiwans aussprachen. Zudem befürwortet eine Reihe internationaler Nichtregierungsorganisationen, wie die International Pediatric Association, International Council of Nurses, World Medicine Association, Federation of International Pharmacies und International College of Surgeons eine Teilnahme von Taiwan bei der WHO.

Eine deutsche Unterstützung der Aufnahme Taiwans als Beobachter bei der WHA, z. B. als „Gesundheitseinheit“, würde damit keine Anerkennung einer „Staatlichkeit“ Taiwans bedeuten und wäre mit der vom Deutschen Bundestag auch weiterhin unterstützten „Ein-China-Politik“ vereinbar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, an der „Ein-China-Politik“ festhaltend, sich dafür einzusetzen,

- dass die WHA auf ihrer nächsten Sitzung Taiwans Antrag auf einen Beobachterstatus bei der WHA als zusätzlichen Tagesordnungspunkt auf die Versammlungsagenda aufnimmt;
- dass Taiwan bei der 59. Weltgesundheitsversammlung (WHA) (22. bis 27. Mai 2006) und für die Zukunft einen Beobachterstatus erhält;
- dass Taiwan unverzüglich direkten und umfassenden Zugang zu Beratung und Unterstützung durch die WHO erhält und in diesem Rahmen an der weltweiten Bekämpfung und Eindämmung der Vogelgrippe mitwirken darf;
- dass sich die EU-Partner möglichst gemeinsam für einen Beobachterstatus Taiwans bei der WHA einsetzen.

Berlin, den 14. März 2006

Harald Leibrecht
Dr. Karl Addicks
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk

Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

